



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold, Christoph Maier** und
Fraktion (AfD)

Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz
(Kap. 02 03 Tit. 698 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 wird folgende Änderung vorgenommen:
In Kap. 02 03 wird der Tit. 698 01 (Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz) gestrichen.
Die eingesparten Ansätze werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur
Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 an anderer
Stelle verwendet.

Begründung:

Dem KPMG-Prüfungsbericht zum Jahresabschluss zum 30. Juni 2023 und Lagebericht der Stiftung Münchner Sicherheitskonferenz (MSC) (gemeinnützige) GmbH München ist zu entnehmen, dass die Stiftung auf einer soliden finanziellen Grundlage steht. Es ist insbesondere vermerkt:

„Im Geschäftsjahr 2022/2023 wurden Erlöse von Unterstützern und Zuwendungen von nicht-öffentlichen Institutionen in Höhe von EUR 16 Mio (im Vj. EUR 12 Mio) erzielt. Zusätzlich hat die MSC im Geschäftsjahr 2022/2023 öffentliche Zuwendungen in Höhe von ca. EUR 1,8 Mio (im Vj. EUR 2,5 Mio) von fünf verschiedenen öffentlichen Institutionen erhalten.“

Vor diesem Hintergrund erscheint eine zusätzliche Beteiligung Bayern am Stiftungsvermögen dieser ursprünglich rein privaten Veranstaltung als verzichtbare und geradezu unverantwortliche Belastung des bayerischen Steuerzahlers. Dies erstens vor dem Hintergrund, dass die MSC eine sehr einseitige, transatlantische Agenda vertritt, bei der es fragwürdig ist, ob sie im deutschen und bayerischen Interesse liegt. Zweitens spielen beim Wirken der MSC-Stiftung die Interessen der Rüstungsindustrie eine bedeutende Rolle, weshalb diese – und nicht die Allgemeinheit – auch allein deren Finanzierung tragen sollte. Dagegen sollte sich der Freistaat aus dieser Stiftungsfinanzierung zurückziehen.